



Willkommen in der Normalität!

Henryk M. Broder

Berlin, 27. September 2017. Henryk M. Broder, ein deutscher Publizist und Buchautor, bringt es auf den Punkt. Deutschland ist nach der Wahl der Alternative für Deutschland in den Deutschen Bundestag in der Normalität angekommen. In den Niederlanden, Belgien, Holland, Frankreich, Dänemark, Schweden, Finnland, Österreich, Griechenland und England gibt es schon längst Parteien die ein Meinungsgefüge im Parlament vertreten, das dem rechten Spektrum zugeordnet wird. Nun also auch in Deutschland, so meint Broder.

Zuvor wurde als Lehre aus der Geschichte allem allzu Deutschen abgeschworen: Die D-Mark wurde abgeschafft, aus der deutschen Fussballnationalmannschaft wurde "die Mannschaft". Aus "Deutschland. Deutschland über alles" wurde "Deutschland für alle!", so Henrik M Broder treffend: "Der vorläufig letzte Akt der nationalen Wiedergutwerdung wird als "Willkommenskultur" aufgeführt. Denn wir sind bunt, tolerant und weltoffen. Und wollen es auch bleiben. Wenn da nur nicht die AfD wäre."

So betrachtet wäre für Henryk M. Broder der Erfolg der AfD kein Fluch, sondern ein Segen: "Jetzt können wir sagen: Wir wollen nicht nur so sein wie ihr, wir sind es! Wir frieren in der Kälte, wir schwitzen in der Hitze. Tagsüber machen wir uns Sorgen, nachts haben wir Alpträume. Wenn ihr uns stecht, bluten wir. Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir. Wenn ihr uns vergiftet, sterben wir. Und wenn ihr uns beleidigt, rächen wir uns."

Henrik Broder resümiert weiter, die AfD sei die Rache der Geschichte an unserer Idee, wir müssten besser sein, ein Vorbild für andere Nationen. "Mal eben kurz die Welt retten, dem Klima sagen, wo es lang geht und die Amis die Demokratie lehren. Seit Sonntag müssen wir uns wieder mit uns selbst beschäftigen. Willkommen im neuen Deutschland."

Besser kann man es kaum formulieren. Mit dem heutigen Tag hat die neue Fraktion der AfD im deutschen Bundestag ihre Arbeit für die deutschen Bürger aufgenommen.

Den gesamten Artikel von Henryk M. Broder finden Sie bei der Welt.

www.afdtelevision.de

AfD-Spitze hält gemeinsame Pressekonferenz zu Ergebnissen der Bundestagswahl 2017
www.youtube.com/watch?time_continue=369&v=tuvXORbCWsk

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

<https://afd.de>
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

